

Diesen Werten fühlt sich die NFÖ besonders verpflichtet: Der Direkten Demokratie & Selbstversorgung, Neutralität, Eigenstaatlichkeit, Atomenergiefreiheit, Gentechnikfreiheit, dem Tier- und Umweltschutz, der Ethik u.a.m.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
04 - 05/2006 / Nr. 11

Türkei - Volksbegehren von Bundesregierung (BM f. Inneres) abgewiesen – erneuter politischer Machtmissbrauch?

Liebe Leser!



Am 31. März 2006 erhielt der Bevollmächtigte des Türkei-Volksbegehrens, Dr. Hans-Peter Mayr einen

Bescheid, in dem das Innenministerium seinen **„Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens „Volksabstimmung Türkei-Beitritt“ abgewiesen hat.**

Als Begründung gab das BMI die Nichterfüllung der normierten Voraussetzungen für die Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren an. (wörtlich: „Gemäß §3 Abs.1 des Volksbegehrensgesetz 1973 muß ein Volksbegehren eine durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit betreffen und kann in Form eines Gesetzesantrages oder einer Anregung gestellt werden“.)

Dr. Mayr hat die Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens nicht explizit (wörtlich) gefordert, allerdings ist das auch nicht notwendig, denn seit der Novellierung des Artikels 41 Abs. 2 B-VG im Jahre 1988 ist diese Formerfordernis weggefallen!

Wir Unterstützer dieses Volksbegehrens sagen das nicht aus Mangel an Zivilcourage, einen Fehler einzubekennen. Wir haben die Begründung des BMI (ÖVP-Verantwortlichkeit) dem erfahrenen Verfassungsrechtler Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler (Universität Innsbruck) vorgelegt und er hat uns

auf die Fülle von Verfassungswidrigkeiten hingewiesen. Eine Frage drängt sich dennoch unmittelbar auf.

Somit hat eine Anfechtung in Form einer Verfassungs-Beschwerde sehr gute Erfolgchancen!

Wenn die Abweisung auf juristisch so wackligen Beinen steht, was dann hat das BMI dazu bewogen, eine Beschwerde zu riskieren? Wir meinen, es ist der Zeitpunkt der Eintragungswoche, der in die unmittelbare Wahlkampfzeit gefallen wäre und vermutlich das Konzept der ÖVP zu sehr durch einander gebracht hätte. Das Thema „Türkei“ hätte unter Umständen andere Wahl-Themen verdrängt und der ÖVP viele Stimmen gekostet.

Ein Schachzug der zu sehr nach politischem Machtmissbrauch aussieht!

Das „Türkei-Volksbegehren“ kann dadurch frühestens Anfang nächsten Jahres stattfinden, auch wenn der Beschwerde stattgegeben wird.

Unsere Vorgehensweise ist inzwi-

schon festgelegt. Wir, der Initiator Dr. Mayr mit Unterstützung der NFÖ, werden eine Verfassungsbeschwerde einreichen und hoffen, dass diese Entscheidung auch bei unseren Gesinnungsfreunden breite Zustimmung findet und wir in dieser finanziellen Sonderbelastung unterstützt werden. Mit dieser Aufgabe haben wir den Verwaltungs- und Verfassungsexperten, Rechtsanwalt Dr. Franz Watschinger aus Innsbruck beauftragt.

*DI. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann*



Einreichung der 10.048 U-Erklärungen beim BMI am 9. 3. 06. (v.l.: R. Pomaroli, HP. Mayr, Margret & Peter Sapinsky)

Inhalt:

- Türkei-Vb abgewiesen 1
- Friedensprojekt Europa 2
- Das Debakel d. Meinungsforscher 2/3
- FPÖ und Neutralität 3/4
- Wahlantritt (Ziele) 4

Immer auch das Volk befragen???

Ja, was soll man dazu sagen ...

Die an der Macht befindlichen Parteien werden solches nicht verzeihen, weil das Volk - wie unerhört !! – die geheimen Kreise stört..! Siehe Banken, Eurofighter usw. usw.....!!!!

Ekkard Korosec

„Friedensprojekt Europa“

EU-Enthusiasten liefern sich zur Zeit allerorten Rückzugsgefechte. Wenn kein anderes Argument, das für die EU im Sinne des Bürgers und Steuerzahlers im allgemeinen spräche, mehr übrig bleibt, dann wird folgende „Weisheit“ aufgetischt, Europa (gemeint ist die EU) wäre das Friedensprojekt. Und dafür müssten wir schon bereit sein, ein paar Nachteile in Kauf zu nehmen. Doch stimmt diese Behauptung?

Tatsächlich hat es Frieden in Europa auch nach 1945 nie wirklich gegeben, höchstens einen „Erschöpfungs-Waffenstillstand“. Es lässt sich einfach nach einem „Dreißigjährigen Krieg“ (1914 - 1945) auf einem ausgebluteten Kontinent nicht so bald wieder Krieg führen. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache und hat mit der Existenz einer EG bzw. EU nichts zu tun.

Selbst dieser Waffenstillstand kann nur als ein relativer angesehen werden, denken wir an die Jahrzehnte des Kalten Krieges, in denen eine „Frontgrenze“ zwischen zwei einander abgrundtief feindlich gegenüberstehenden, politischen Systemen mitten durch Europa hindurchging oder denken wir an die Balkankriege. Es darf auch nicht übersehen wer-

den, dass dieses so genannte „Vereinte Europa“ den Krieg sozusagen „in seinen Genen“ hat, weil es letzten Endes ein Projekt jener Macht ist, die maßgeblich an den beiden Weltkriegen beteiligt war, ihnen unter Ausschaltung der großen, europäischen Staaten als substantielle Konkurrenten ihren Aufstieg zur Weltmacht verdankt und bis heute laufend Kriege führt, nämlich der USA.

Vor zwei Jahren hat die EU das „Streitkräfteziel 2010“ beschlossen.

Ziel ist (ganz nach dem Vorbild der USA) die Erreichung einer weltweiten „netzwerkszentrierten Kriegsfähigkeit“ zur Durchführung von Militärschlägen zur See, in der Luft und auf dem Boden unter Einbeziehung des Welt-raums mit Hilfe des Satelliten-Navigationssystems „Galileo“.



Die neue alte Religion.

(Was die EU damit fördert, ist erst auf den zweiten Blick erkennbar...)

Eine bis 200.000 Mann umfassende **EU-Interventionstruppe** und mindestens 13 EU-Schlachtgruppen zu je 1.500 Mann – als eine Art extrem mobiler, technisch modernst ausgerüsteter (Hightech)-Krieger – sollen diese Militärschläge (der EU-Verfassungsentwurf nennt sie „Mis-

sionen“) „zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“ (Art. I-41, Abs.5) durchführen. Auch Österreich wird sich unter deutschem Kommando an ihnen beteiligen – **eine klare Verletzung unserer Neutralität.**

Das ist bereits von den Parlamentsparteien beschlossene Sache. Damit diese massive Aufrüstung auch wirklich klappt, wacht darüber die bereits bestehende **EU-Rüstungsagentur** (im EU-Verfassungsrang übrigens).

Schaut so ein „Friedensprojekt“ aus? (nos)

Die NFÖ ist der Überzeugung, dass die Bezeichnung „Friedensprojekt“ für die EU eine hinterlistige Täuschung ist.

Auch menschenrechtsverletzende Rechtssprechungs-Prinzipien dienen bestimmt nicht dem Frieden:

„Under EU-law, you're guilty until proven innocent“.

Übersetzt:

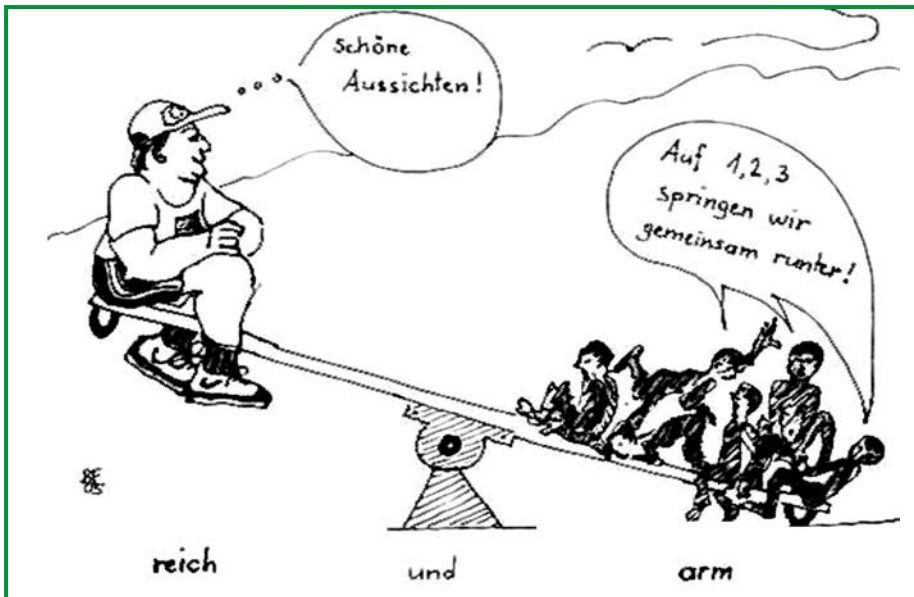
„Unter EU-Rechtssprechung ist man schuldig, solange die Unschuld nicht bewiesen ist.“

(Quelle: UKIP, die englische „EU-Austrittspartei“)

Das Debakel der Meinungsforscher

Die Parlamentswahl in Italien war von Superlativen geprägt. Leider nicht nur im positiven Sinn. Es herrscht dort die Meinung vor, dass die eigentlichen Verlierer der Wahl die Meinungsforscher seien.

Noch am zweiten Wahltag (!) haben sie dem Linksbündnis einen Vorsprung von 5 % zugewiesen. Dies aufgrund von sogenannten „exit polls“. Das sind Wählerbefragungen beim Verlassen der Wahlzelle.



„Die Armen hätten alles in ihrer Macht, wenn sie sich nur auf einen gemeinsamen Nenner einigen können“ (Zeichnung von Bernd Friedmann)

Es liegt in der Natur der Dinge, dass die Richtigkeit dieser Vorhersage genau überprüfbar ist, nämlich durch die Auszählung der Stimmen.

Tatsächlich hatte der Linksblock einen Vorsprung von gerade 0,05% (!) errungen. Ein totales Versagen der Meinungsforscher.

**Staubsaugervertreter
verkaufen Staubsauger,
Versicherungsvertreter
verkaufen Versicherungen.
Und Volksvertreter -
was verkaufen sie?**

(Volksmund)

Während des Wahlkampfes wurde konstant ein Vorsprung von einigen Prozentpunkten für „Mitte-Links“ vorausgesagt. Aber wer überprüft die Meinungsforscher? Niemand! Wenn sie sich am Wahltag geirrt haben, so ist es ebenso möglich, dass sie sich während der ganzen Vorwahlzeit irrten!

Damit wird die Sache aber problematisch. Unter Fachleuten herrscht Einigkeit darüber, dass viele Wähler den „Sieger“ wählen. Das heißt, falsche Prognosen wir-

ken wie eine Manipulation. Und das bei einem so knappen Ergebnis!

11 Millionen italienische Wähler haben **elektronisch gewählt**. Technisch erfolgte die Beaufsichtigung durch eine **Privatfirma (!)**. Die Stimmen sind nicht dokumentiert und **können nicht überprüft werden**.

Aus allen diesen Gründen war die **Wahl demokratisch nicht einwandfrei**. Der EU-Ratsvorsitzende müsste sich für eine Wiederholung der Wahl einsetzen. Und die Konsequenzen für Österreich. Es muß eine Diskussion geführt werden, **ob die Veröffentlichung von Meinungsumfragen bzw. Meinungsforschungsergebnissen während Wahl- und Vorwahlzeiten zulässig sind**. (Observer)

FPÖ und Neutralität – ein Widerspruch

Im Kapitel VII des Parteiprogramms der FPÖ, das die Überschrift „Selbstbewusste Außenpolitik – **gemeinsame** Sicherheitspolitik“ trägt, ist wörtlich zu lesen:

„Wir bekennen uns daher zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-

politik. Wir bekennen uns zu einer Beistandspflicht im Falle einer EU-Aggression gegen Mitglieder der und zu Einsätzen außerhalb der EU im Sinne der Petersburger (sic!) Beschlüsse... Als neutraler Staat... lehnen wir eine Mitgliedschaft in einem **nichteuropäischen** Bündnis mit militärischem Charakter ab.“

Ob der wirkliche Freund der österreichischen Neutralität mit diesen Aussagen zufrieden sein kann, ist wohl äußerst fraglich. Kern des Verfassungsgesetzes zur Neutralität ist die **Nichtteilnahme an Militärbündnissen**. Die Übernahme einer militärischen **Beistandspflicht** auch innerhalb der EU, wie sie die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) und der EU-Verfassungsentwurf vorsehen, verschärft noch durch die Möglichkeit, die die Petersberger Beschlüsse (Erklärungen von 1992) eröffnet haben Kampftruppen weltweit zur Durchsetzung der Interessen der EU (und auch der NATO) einzusetzen, steht in eindeutigen Widerspruch dazu. Für die FPÖ ist das alles kein Problem. In ihrem Volksbegehren „Österreich, bleib frei“ (wie wenn Österreich als EU-Mitglied noch frei wäre) schwingt sie sich gar noch zur Retterin der österreichischen Neutralität auf – ein Scheingefecht, denn sie will sie ja nicht wirklich. So wird es auch klar, wieso die entscheidenden Politikkräfte unseres Landes das Strach'sche Volksbegehren zu-

SEHR EMPFEHLENSWERT!

Rundreise im Rebellenwinkel

Linz > Peuerbach > Passau > Linz
(mit der Lokalbahn und per Donauschiff)

3. / 4. Juni 2006
(Pfungsten)

Organisation: Siegfried Eder
Kosten: inkl. Übernachtung:
ca. € 60,-
Anmeldung unter Tel: 05472-6008 oder ederbus@gmx.net



Bundesversammlung in Eugendorf; Am Podium v.l.:
Dr. HP. Mayr, Dr. Fritz Danner, Dir. Dr. Kriechhammer

gelassen haben, das von Dr. Mayr jedoch zu verhindern suchen: Strache und seine FPÖ stellen für das herrschende politische System keine wirkliche Gefahr dar. Anders gesagt: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“

Die EU-Austrittspartei „Neutrales Freies Österreich“ wird zur Nationalratswahl 2006 antreten.

Vorrangige Ziele sind:

- Übertragung gesetzlicher Gewalt an die Bürger bzw. an das Volk, von dem alles Recht lt. Österr. Bundesverfassung ausgehen sollte. (Beinhaltet das **Initiativrecht** und **Recht auf Aufhebung von Gesetzen** mittels direkt-demokratischer Instrumente nach dem Vorbild der Schweiz).
- Sofortige **Kündigung** der verdeckten NATO-Mitgliedschaft (Partnership for Peace - PfP) und Rückzug der österr. Soldaten aus Kriegsgebieten. Für die NFÖ ist die österreichische Neutralität von 1955 das bestmögliche Friedenskonzept. Die auf den Nizza-Vertrag (2000) abgestimmte und auf EU-Strategien rücksichtnehmende, verwässerte und entwertete Neutralität, lehnt die NFÖ ab.
- Wiedererlangung der österreichischen Souveränität.

Dies ist derzeit nur möglich über einen **Austritt Österreichs aus der EU**. Sie hat sich als reine Lobby-Organisation für Großkonzerne, internationale Konglomerate (WTO, IWF, NATO, etc.) und ihrer Globalisierungs-Bestrebungen entpuppt.

Jede **alternative Form einer europäischen Wirtschaftsunion** – beispielsweise einer erweiterten EFTA, einer ED (Europa der Demokratien) oder eines ESD (Europa souveräner demokratischer Einzelstaaten), dient dem Frieden in Europa viel eher als die imperialistische EU.

● **Abschaffung der Privilegien für Politiker.** (Sozial- und steuerrechtliche Behandlung nach ASVG; Zusatzeinkommen bei regierenden Politikern stärker besteuern).

● **Stopp des Ausverkaufs österreichischer Ressourcen** und wertvoller Unternehmungen einschließlich ihres Fachwissens. („know how“) Österreich darf nicht vom Ausland abhängig werden. Dies gilt insbesondere für Wasser, Lebensmittel und Energie. Hier muss ein höchstmöglicher Selbstversorgungsgrad angestrebt werden. Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittel lehnt die NFÖ strikt ab, ebenso wie Massentierhaltungen.

Auch im Bereich der Energie ist der **Selbstversorgungsgrad** rasch und kräftig zu erhöhen.

Die Atomenergie-Nutzung lehnt die NFÖ ab.

● Politisches Handeln in der Rangfolge, Mensch vor Umwelt vor Wirtschaft vor Verkehr. Die NFÖ fordert **Kostenwahrheit** im Verkehr.

● Regionales Wirtschaften statt Globalisierung (Sozial, ökologisch und topographisch angepasste Unternehmen verdienen einen Wettbewerbsausgleich gegenüber ausschließlich ertragsorientierten, multinationalen Konzernen. Damit können Arbeitsplätze bestmöglich gesichert werden. Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Stärkung heimischer Betriebe sowie der regionalen Wirtschaft statt Globalisierung stehen für die politische Initiative Neutrales Freies Österreich im Vordergrund.

Wissen Sie ...

was ein Teamleiter eines „Enforcement Centers“ sein soll? In einer Ausschreibung der ASFI-NAG (zu 100 Prozent im Eigentum der Republik Österreich !) wird so ein „Leiter der Mautaufsicht“ (?) gesucht.

Da fragt man sich: Will die ASFI-NAG **Österreicher ohne Englisch-Kenntnisse diskriminieren** oder sollen Bewerber aus englischsprachigen Ländern sichtbar bevorzugt werden?

IN EIGENER SACHE

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit des Bündnisses unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wemgleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus öffentlichen Fördertöpfen. Sollten Sie sich zu einer Spende entschließen, so danken wir im Voraus sehr herzlich!